LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21386**

14.09.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8496 vom 29. Juli 2026
der Abgeordneten Ina Blumenthal SPD
Drucksache 18/20712

Hitzeunwetter vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 in NRW – was machte Ministerpräsident Hendrik Wüst in dieser Zeit?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Nordrhein-Westfalen erlebte in der Zeit vom 18. Juni bis zum 28. Juni 2026 eine Hitzewelle bei der die 40°C-Marke an mehreren Tagen überschritten wurde. Auch die Tagesmittel waren weit überdurchschnittlich. Die zusätzlich fehlende Abkühlung in den Nächten hat diese Hitzewelle zu einem Unwetter gemacht.

Seit dem 18. Juni 2026 gab der Deutsche Wetterdienst Hitzewarnungen heraus. In einer Mitteilung des DWD vom 25. Juni 2026[1] heißt es dann:

„Die aktuelle Hitzewelle ist nicht nur durch ihre Länge und das frühe Auftreten im Sommer außergewöhnlich, für uns Menschen ist auch die Hitzebelastung ungewöhnlich hoch." (…) „Mit seinen Hitzewarnungen ermöglicht der DWD jedem und jeder Einzelnen, aber auch der gesamten Gesellschaft, frühzeitig Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Die Warnungen sind in vielen Bereichen Auslöser für Akutmaßnahmen in Hitzeaktionsplänen, insbesondere mit Blick auf vulnerable Gruppen und kritische Infrastruktur."

Die außergewöhnliche Hitze hatte erhebliche Auswirkungen in NRW. Viele Menschen mussten wegen hitzebedingter Kreislaufprobleme medizinisch versorgt werden. Teilweise mussten sie aus ihren Wohnungen evakuiert werden[2]. Rettungsdienste[3], Krankenhäuser[4], Schulen[5], Kindertagesstätten, Notaufnahmen, Pflegeeinrichtungen und Bestattungsunternehmen[6] waren besonders betroffen; in Nordrhein-Westfalen musste sogar ein Seniorenheim evakuiert werden[7].

[1] https://www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2026/20260625_dwd-warnt-ueber-langen-zeitraum-vor-hitze_news.html
[2] https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/feuerwehr-rettet-sieben-bewusstlose-aus-dachgeschosswohungen-koeln-eingesperrt-in-der-hitze-hoelle-94371987.html
[3] https://www1.wdr.de/nrw/rettungsdienste-hitze-dauereinsatz-nrw-100.html
[4] https://www.bild.de/regional/koeln/hitze-alarm-in-der-notaufnahme-sowas-hatten-wir-hier-noch-nie-6a3feef04f26b24bcf468f48
[5] https://www1.wdr.de/nrw/wetter/schulen-hitze-stress-100.html
[6] https://www.ksta.de/koeln/koeln-bestatter-fordern-krisenplan-wegen-hitzetoten-1325896
[7] https://www1.wdr.de/nrw/duesseldorf/hitze-einsatz-seniorenheim-dormagen-krefeld-100.html

Datum des Originals: 14.09.2026/Ausgegeben: 18.09.2026

Die Hitzewelle hat zu einem deutlichen Anstieg der hitzebedingten Todesfälle geführt. Rund 5.120 hitzebedingte Sterbefälle in Deutschland ermittelte das RKI im bisherigen Sommer bis Ende Juni 2026, wobei der Großteil auf die Hitzewelle Ende Juni zurückzuführen ist. Für NRW geht das Robert Koch-Institut für den Zeitraum bis Ende Juni 2026 von 1.230 Hitzetoten aus, was bereits viermal so viel wie im ganzen Jahr 2025 ist.[8]

Neben der Gesundheit war auch die Verkehrsinfrastruktur von den extremen Temperaturen betroffen. Auf der A 1 und der A 4 kam es wegen der Hitze zu Rissen in der Fahrbahn, flüssiges Bitumen, das die darüberfahrenden Auto- und Lkw-Reifen über Kilometer verteilen und ganze Asphaltstücke, die aus der Fahrbahn gebrochen und von darüberfahrenden Fahrzeugen in die Luft gewirbelt wurden[9]. In der Folge kam es zu Sperrungen und kilometerlangen Staus. Im Schienenverkehr führten Hitzeschäden ebenfalls zu Verspätungen und Zugausfällen[10].

Während das Hitzeunwetter die Menschen in NRW vielfältig forderte und auch überforderte, äußerte sich der Ministerpräsident erstmalig fünf Tage nach dem Unwetter auf Nachfrage während einer Pressekonferenz zu der Hitzewelle und seinen Folgen[11].

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei hat die Kleine Anfrage 8496 mit Schreiben vom 14. September 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten beantwortet.

Vorbemerkung der Landesregierung

Hitzeschutz ist eine zentrale Aufgabe für Staat und Gesellschaft, die in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Die Hitzeperiode im vergangenen Juni mit neuen Temperaturrekorden und einer bisher nicht erreichten Anzahl an aufeinanderfolgenden heißen Tagen ohne Nachtabkühlung war eine außergewöhnliche Belastung für die Bevölkerung, die Kommunen und die Strukturen der gesundheitlichen Versorgung. Sie hat einmal mehr vor Augen geführt, wie groß die Aufgaben bei der Anpassung an den Klimawandel sind. Klimaanpassung und damit auch der Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels sind für die Landesregierung keine Frage einzelner Hitzetage oder -wochen. Die Landesregierung handelt bereits seit Jahren kontinuierlich und entschlossen beim Thema Klimaanpassung und Hitzeschutz. Und das zeigt Wirkung: Nordrhein-Westfalen gehört bundesweit zu den Vorreitern bei Klimaanpassung und Hitzeschutz.

Mit dem bundesweit ersten Klimaanpassungsgesetz von 2021 und der Klimaanpassungsstrategie 2024 hat Nordrhein-Westfalen den grundlegenden Rahmen für Klimaanpassungsmaßnahmen und Hitzeschutz geschaffen. Die ressortübergreifend von allen Ministerien erarbeitete Klimaanpassungsstrategie ist mit 110 konkreten Maßnahmen in 16 Handlungsfeldern auch zum Hitzeschutz das aktuell umfangreichste Instrument zur Anpassung an die Klimafolgen.

[8] https://www1.wdr.de/nrw/hitze-tote-in-nrw-rki-hitzewelle-100.html
[9] https://www.ksta.de/region/rhein-berg/bergisch-gladbach/risse-hitzeschaeden-auf-nagelneuem-abschnitt-der-a4-bei-bergisch-gladbach-1312680
[10] https://nationalexpress.de/unternehmen/presse-news/artikel/aufgrund-extremer-hitze-stellt-national-express-am-samstag-voruebergehend-den-betrieb-saemtlicher-rrx-linien-ein
[11] https://www1.wdr.de/politik/politik-in-nrw/18-millionen/editorial-nehmt-das-bitte-ernst-100.html

Bis 2029 werden diese Maßnahmen umgesetzt und einem regelmäßigen Monitoring unterzogen.

Ebenfalls als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst explizit die Folgen des Klimawandels aufgenommen und damit klar zum Ausdruck gebracht, dass ein moderner und zukunftsfähiger Gesundheitsschutz nicht mehr ohne ein gesundheitsbezogenes Klimafolgenmanagement auskommt. Vorangegangen war bereits in 2022 die gemeinsame Erklärung der Landesgesundheitskonferenz zu „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“. Für eine effizientere Bewältigung von gesundheitlichen Herausforderungen wie Pandemien und Gefahren durch Hitze hat die Landesregierung zu deren Vorbeugung im Jahr 2025 das Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW) gegründet.

Bereits im Jahr 2023 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) das Zentrale Netzwerk für gesundheitsbezogenen Hitzeschutz (ZNGH NRW) einberufen, das die Kommunen und Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich mit praktischen Angeboten bei der eigenverantwortlichen Hitzeaktionsplanung vor Ort unterstützt. Das breitgefächerte Instrumentarium wird über die Landeskoordinierungsstelle für gesundheitsbezogenen Hitzeschutz am LfGA NRW bereitgestellt. Zudem bietet das MAGS mit praxisnahen, kostenlosen Arbeitshilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zielgerichtet Unterstützung für den Schutz vulnerabler Gruppen. Darüber hinaus stellt das Land den Krankenhäusern insgesamt 1,52 Milliarden Euro in den Jahren 2023 bis 2035 für Klimaanpassungsmaßnahmen zur Verfügung.

Da effektiver Hitzeschutz nur gemeinsam gelingen kann, unterstützt das Land die Kommunen zudem mit umfangreichen Förderprogrammen wie „Klimaanpassung.Kommunen.NRW“, „Klimaanpassung im Rheinischen Revier“ oder dem Bund-Länder-Programm Städtebauförderung auch finanziell bei der Umsetzung konkreter Klimaanpassungsmaßnahmen. Auch für Unternehmen stellt das Land Fördermittel im EFRE-Förderaufruf „Klimaanpassung.Unternehmen.NRW“ und über die öffentliche Wohnraumförderung bereit, damit diese an ihren Gebäuden oder auf ihren Liegenschaften Klimaanpassungsmaßnahmen durchführen können.

Darüber hinaus enthält die Novelle des Klimaanpassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, die sich aktuell im parlamentarischen Verfahren befindet, die Voraussetzungen für kommunale Klimaanpassungskonzepte, mit denen die Kommunen vor Ort künftig Klimarisiken systematisch erfassen und bewerten und entsprechend gezielt handeln können. Für die Erstellung dieser Konzepte stellt die Landesregierung den Kommunen 20 Millionen Euro bereit. Mit dem Klimaatlas NRW stellt das Land außerdem wissenschaftlich fundierte Daten, Karten und Analysen zur Verfügung, die Kommunen dabei helfen, Risiken zu bewerten und passgenaue Maßnahmen zu entwickeln. Die neue Klimaanalyse 2026 zeigt nicht nur, wo es besonders heiß wird, sondern auch, wo Menschen leben, die gegenüber Hitze besonders empfindlich sind, und ist somit eine wichtige Grundlage für die Steuerung der Siedlungsflächen- und Freiraumentwicklung in der Stadt- und Regionalplanung.

Die Landesregierung unterzieht ihre Programme und Maßnahmen im Bereich von Klimaanpassung und Hitzeschutz einer permanenten Evaluierung und steht zu diesen Themen kontinuierlich miteinander im Austausch.

Die Auswirkungen der extremen Hitzewelle Ende Juni 2026 werden derzeit analysiert und bewertet. Hierzu haben bereits verschiedenste Gespräche mit Akteuren aus Pflege, Gesundheit und Eingliederungshilfe sowie eine Onlinebefragung unter den Mitgliedern des ZNGH NRW stattgefunden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden eingesetzt, um die gesundheitsbezogene Hitzevorsorge in Nordrhein-Westfalen noch resilienter aufzustellen.

1. Wann hat sich der Ministerpräsident in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 mit dem Gesundheitsminister zu dem Hitzeunwetter bzw. seinen Folgen ausgetauscht? (bitte einzeln auflisten nach Datum, Inhalt, Ort und Dauer des Austausches)

2. Welche Maßnahmen wurden dabei verabredet? (bitte einzeln auflisten nach Datum und Inhalt)

3. Wann hat sich der Ministerpräsident mit den anderen Ministerinnen und Ministern zum Thema Hitzeunwetter in der Zeit vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 ausgetauscht? (bitte einzeln auflisten nach Ministerin/Minister, Datum, Inhalt, Ort und Dauer des Austausches)

4. Welche Maßnahmen wurden dabei verabredet? (bitte einzeln auflisten nach Ministerin/Minister, Datum und Inhalt)

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 4 gemeinsam beantwortet.

Der Ministerpräsident steht mit seinen Ministerinnen und Ministern in einem regelmäßigen Austausch zu aktuellen Themen.
In dem Zeitraum vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 hat sich der Ministerpräsident fortlaufend zum Hitzeunwetter und seinen Folgen informieren lassen und stand über mich als ressortkoordinierender Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei, den Staatssekretär für Bundesangelegenheiten und Medien und Amtschef der Staatskanzlei sowie die Fachebene der Staatskanzlei in kontinuierlichem Austausch mit den beteiligten Ressorts.

Es wird auf die Vorbemerkung sowie auf die Antworten der Landesregierung auf die parallel gestellten Kleinen Anfragen 8497, 8498 und 8499 verwiesen.

5. Gab es vom 18. Juni 2026 bis zum 28. Juni 2026 Presseanfragen an den Ministerpräsidenten zu dem Hitzeunwetter? (bitte einzeln aufzählen unter Angabe der Fragen, der Antworten bzw. dem Hinweis, welche Presseanfragen nicht beantwortet wurden)

Ja.